

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

5.3.1887 (No. 55)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. März.

№ 55.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amflicher Theil.

Durch Verfügung des Generalauditeurs der Armee ist vom 1. März d. J. ab der Garnisonauditeur Mülberger in Rastatt als Divisionsauditeur zur Großherzoglich Hessischen (25.) Division versetzt und der bei dem Divisionsgerichte in Darmstadt bisher beschäftigte Gerichtsassessor Krieger mit der Verwaltung der Garnisonauditeurstelle in Rastatt beauftragt worden.

## Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 4. März.

Einer Nachricht aus Sofia zufolge ist es gelungen, die aufrührerische Bewegung in Silistria zu unterdrücken; ob die insurrektionelle Bewegung überhaupt, die sich ja nicht auf Silistria allein beschränkte, zum Stillstande gebracht worden ist, muß noch dahingestellt bleiben. Die von unserem Wiener Korrespondenten angebotene Vermuthung, daß Karaweloff und Zankoff der Militärverschwörung nicht fernstünden, erhält ihre Bestätigung durch eine Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Sofia. Darnach sind in der bulgarischen Hauptstadt gestern Nachmittag etwa dreißig Personen, darunter Karaweloff und Usapoff, verhaftet worden, da entdeckt worden sei, daß sie mit den Verschworenen in Silistria und Kustschuk in Verbindung gestanden. Die aufrührerischen Vorgänge dürften übrigens, auch wenn die Regierung Herrin der Lage bleibt, die Stellung der Regenschafft nicht unwesentlich erschweren, denn diejenigen, welche in Bulgarien dahin drängen, daß eine endgültige Entscheidung getroffen werde, werden aus den neuesten Vorfällen das Beweismaterial schöpfen, daß es unerlässlich sei, dem Provisorium ein Ende zu machen, und es wird der größten Umsicht seitens der Regenschafft bedürfen, um die Sobranie, deren Einberufung bekanntlich noch in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgen soll, von unklugen Schritten abzuhalten.

Die italienische Ministerkrise nähert sich endlich ihrem Abschluß. Das Fehlschlagen aller bisherigen Versuche, einen Nachfolger für Herrn Depretis zu finden, führte naturgemäß zu dem Gedanken, daß der König noch einmal Herrn Depretis mit der Neubildung der Regierung betrauen werde, und den heutigen römischen Blättern zufolge ist dies auch geschehen. Der „Popolo Romano“ berichtet, der König habe gestern Depretis neuerdings aufgefordert, ein Kabinett zu bilden. Depretis habe jedoch unter dem Ausdruck des Dankes für diesen neuen Beweis des königlichen Vertrauens, die Annahme dieses Auftrages von der vollen und bedingungslosen Unterstützung durch seine politischen Freunde abhängig gemacht. Damit stimmen auch die Informationen der „Italia“ überein. Die „Italia“ berichtet, der König habe die Demission des Herrn Depretis und seiner Kollegen abgelehnt, dieselben würden daher in der Kammer alsbald eine Abstimmung provozieren, bei welcher die Stärke der Regierungsmajorität konstatirt werden könne. Gestern versammelten sich die Minister bei Depretis, um über die gegenüber der Kammer zu beobachtende Haltung zu berathen.

Eine aus amtlichen Quellen schöpfende vorläufige Zusammenstellung der am 21. Februar abgegebenen Wahlstimmen ergibt für die einzelnen Parteien:

Es wurden Stimmen abgegeben für:	1887	Gegen 1884
Konföderation	1 194 504	+ 333 441
Reichspartei	693 195	+ 306 608
Nationalliberale	1 658 158	+ 661 125
„Freisinnige“	549 302	+ 447 702
Volkspartei	109 372	+ 13 481
Ultramontane	1 627 095	+ 248 701
Polen	213 626	+ 9 438
Sozialdemokraten	774 128	+ 224 192
Clas-Bohringer	247 654	+ 82 083
Wilde	25 903	+ 3 134
Summa	7 091 991	+ 1 429 034

Die im Kartell vereinigt, oben zuerst genannten drei Parteien gewannen also gegen 1884 rund 1 300 000 Stimmen, während durch den enormen Rückgang der Deutschfreisinnigen die Oppositionsparteien trotz der enormen Anstrengungen nur 129 000 Stimmen mehr aufzubringen vermochten.

Dem soeben veröffentlichten Ausweise der italienischen Handelsbilanz pro 1886 entnehmen wir die Thatsache, daß die Einfuhr deutschen Bieres nach Italien während des abgelaufenen Jahres einen bedeutenden Aufschwung genommen und diejenige Oesterreich-Ungarns nicht unwesentlich überflügelt hat. Die ganze Vermehrung der Biereinfuhr, welche bis auf 83,000 Hektoliter stieg, kam von Deutschland. Hingegen beherrscht im Artikel „Holz“ Oesterreich-Ungarn den italienischen Markt fast ausschließlich. Der Import süddeutscher Holzes ist im Verhältniß zu dem österröisch-ungarischen kaum nennenswerth, wobei allerdings nicht außer Acht zu lassen ist, daß neuerdings die für französische Rechnung bewirkten Massenaufkäufe süddeutschen Holzes diesem Artikel seine Absatzwege gewissermaßen verschrieben.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, den 3. März.

Die heutige erste Sitzung des Reichstags wurde um 1 1/4 Uhr vom Alterspräsidenten Grafen Moltke eröffnet. Er hat zunächst die Abgeordneten Graf Kleist, Dr. v. Kulmburg, Graf Schönborn und Goldschmidt, vorläufig das Amt der Schriftführer zu übernehmen; der hierauf vollzogene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 252 Abgeordneten, das Haus war somit beschlußfähig. Als der Präsident erklärte, daß er wie üblich beschlußfähig, die Verlesung der Mitglieder in die Abtheilungen nach Schluß der Sitzung durch das Bureau vornehmen zu lassen, erhob sich der Abg. Windthorst zur Geschäftsordnung. Nach seinem Dafürhalten ist das Haus nicht in der Lage, zu einer Thätigkeit zu schreiten, weil die Stichwahlen noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Vor Beendigung des Wahlgeschäfts sei ein Reichstag im Sinne der Verfassung nicht vorhanden. Der Reichstag sei die Versammlung der in der Verfassung festgesetzten Zahl von Abgeordneten, und so lange nicht alle Abgeordneten gewählt sind, könne von einem Reichstag eigentlich nicht die Rede sein und noch weniger von einer Thätigkeit desselben. Er sei deshalb der Meinung, daß der Reichstag mit den Geschäften nicht weiter gehen könne, so lange die Stichwahlen nicht vollständig beendet sind. Insofern beabsichtige er zur Zeit nicht, dieser Anschauung weitere praktische Folgen zu geben. Es genüge ihm, die Gesichtspunkte hervorgehoben zu haben, um dadurch festzustellen, daß dieser Vorgang nicht ohne Widerspruch stattfinden, und zu verhindern, daß man in der Folge aus dem heutigen Vorgehen Konsequenzen ziehen kann.

Dem Abgeordneten Dr. Windthorst erwiderte der Bundesvollmächtigte Staatssekretär v. Boetticher: „Meine Herren! Der Herr Redner hat hier ausgesprochen, er werde an die Verlesung des Reichstags auf den heutigen Tag weitere praktische Folgen nicht knüpfen, und das war sehr klug von ihm; denn ich möchte in der That auch nicht, was für praktische Folgen er daraus knüpfen könnte. Wenn aber aus den Ausführungen des Herrn Redners sich ein gewisser Vorwurf ergibt, daß Sr. Majestät dem Kaiser gerathen worden, den Reichstag noch vor Feststellung der Ergebnisse der Stichwahlen zu berufen, so muß ich diesen Vorwurf alles Ernstes auf das Entschiedenste zurückweisen. Ein solcher Vorwurf ist außerdem unbegründet, und weit entfernt davon, daß das Vorgehen Sr. Majestät des Kaisers eine abfällige Kritik herausfordert, sollten der Reichstag und das deutsche Volk darauf stolz sein, daß die Krisis so weit als möglich abgelenkt worden ist, damit noch vor dem 1. April, wie es in der heutigen Eröffnungsrede gesagt ist, sowohl das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke als auch der Reichshaushaltsplan erledigt werden können. Ich nehme diesen Dank für die kaiserliche Regierung in Anspruch und werde abwarten, ob und was Herr Windthorst gegen dieses kaiserliche Recht vorzubringen hat. Der Reichstag ist am 21. Februar gewählt, das Wahlergebnis ist am 25. Februar festgesetzt. Wollten wir warten, bis die 62 Stichwahlen, die sich bei diesem Wahlergebnis als nothwendig herausgestellt haben, abfolviert waren, so wären wir bis zur Mitte des Monats März gekommen, bevor der Reichstag berufen werden konnte. Ich befreite aber auch, daß eine Abthigung dazu vorliegt, denn sobald die Majorität der gewählten Vertreter des Reichstags hier versammelt und der Reichstag ordnungsmäßig von Sr. Majestät dem Kaiser berufen ist, hat der Reichstag die Pflicht, an seine Geschäfte zu gehen.“

Der Abg. Richter schloß sich den Ausführungen des Herrn Dr. Windthorst an. Er gab zu, es falle für die Konstituierung und für die nächsten Geschäfte nicht ins Gewicht, ob die Ergebnisse der Stichwahlen proklamirt und die aus denselben hervorgegangenen Vertreter anwesend sind. Thatsächlich liege also bei den nächsten Geschäften kein Grund vor, eine Verwahrung einzulegen. Er verwahre sich aber gegen ein Präzedenz in Zukunft, wo die Verhältnisse anders liegen können, und behalte sich vor, wenn hier die Verfassung über Gegenstände in Frage kommt, wo die Mehrheitsverhältnisse vor und nach der Stichwahl in's Gewicht fallen können, dann dieser Rechtsanschauung Ausdruck zu geben.

Herr v. Hellborn machte darauf aufmerksam, daß man bereits wiederholt hier verhandelt und beschlossen habe, während immer noch einzelne Wahlkreise, in denen Nachwahlen vorgenommen werden mußten, unvertreten waren. Was die Rechtsfrage anlangt, so müsse er die entgegengelegte Auffassung ansprechen, wie die Herren Windthorst und Richter. Dazu komme, daß im Interesse des Reichs die Verlesung des Reichstags nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe und daß irgend eine Benachtheiligung einer Partei entschieden nicht eintritt.

Abg. Dr. v. Bennigsen führte Folgendes aus: „Meine Herren! Soweit mir bekannt ist, ist früher in ähnlicher Weise bei Einberufung des Reichstags noch nicht verfahren worden. Man wird also insofern den Herren Richter und Windthorst zustimmen können, daß hier ein ungewöhnliches Verfahren vorliegt, nicht aber kann man ihnen zugeben, daß dieses Verfahren in Widerspruch mit Verfassung und Gesetzgebung steht. Es ist auch von keinem der Herren irgend eine Verfassungs- oder gesetzliche Bestimmung angeführt, im Widerspruch mit welcher die Einberufung des Reichstags erfolgt ist, nachdem am 21. Februar in den einzelnen Reichstagswahlbezirken das Ergebnis derselben festgestellt ist. Man kann also nicht weiter gehen, als daß man das anerkennt, und das, glaube ich, werden auch diejenigen Parteien wohl thun, welche die Mehrheit in diesem Reichstage bilden, daß besondere Gründe vorliegen müssen, wenn abweichend von dem bisherigen Verfahren in Verfassung und Gesetz diesesmal der Reichstag berufen ist, ehe die Stichwahlen zum Abschluß gebracht worden sind. Meine Herren, wer die heutige Thronrede gehört hat, wer die Verhältnisse in Deutschland und Europa in den letzten Jahren ruhig verfolgt hat, der wird anerkennen müssen, daß in der allgemeinen Weltlage außerordentliche Verhältnisse vorhanden waren, welche die verbündeten Regierungen und den Kaiser zu einem beschleunigten Vorgehen als berechtigt, vielleicht verpflichtet erscheinen ließen, und für den Reichstag kommt hinzu,

was namentlich auch die beiden geehrten Herren gewiß anerkennen, daß auch wir Beth darauf legen müssen, nicht ohne Noth fünf, sechs, acht Tage zu verlieren, um den Etat festzustellen, der thunlichst bis zum letzten dieses Monats zum Abschluß gebracht werden muß. Indem ich also auch den Wunsch ausspreche, daß an der Hand der Bestimmungen von Verfassung und Gesetz nicht ohne ganz besondere dringende Veranlassung, ohne ungewöhnliche Verhältnisse eine solche eilige Verlesung wieder stattfindet, kann ich in diesem Falle nicht bloß das Recht, sondern auch die Zweckmäßigkeit, die politische Rathslichkeit der Maßregel von meinem Standpunkte nur anerkennen.“

Abg. Windthorst vertrat wiederholt die Ansicht, ein Reichstag sei nicht eher vorhanden, als bis das Wahlgeschäfts beendet ist, und letzteres sei nicht eher der Fall, als bis die Stichwahlen vorbei sind. Abg. v. Kardorff bemerkte: „Wenn es sich um eine einzelne Nachwahl handelt, so wird Herr Richter sagen: auf eine einzelne Wahl kommt es nicht an. Auf wie viele kommt es denn aber an? So lange Sie nicht eine Bestimmung nennen können, durch welche irgend eine Note von gewählten Mitgliedern festgesetzt ist, die zur Verlesung des Reichstags vorhanden sein muß, so lange sind Sie mit Ihren Deduktionen vollständig im Unrecht. Ich glaube, die Regierung Seiner Majestät hat in so erweiter Zeit nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gehabt, den Reichstag so früh als möglich zu berufen, und ich glaube, der Reichstag hat dieser Verlesung durch Erledigung seiner Geschäfte nachzukommen.“

Herr v. Bennigsen erklärte, in einem Punkt Herrn Windthorst widersprechen zu müssen: „Er hat gemeint, ich bezweifelte das formelle Recht des Kaisers, den Reichstag zu berufen, ehe das Resultat der Stichwahlen festgesetzt ist, und lediglich aus praktischen Gründen glaube ich mich über Verfassung und Recht hinwegsetzen zu können. Nein, meine Herren, so habe ich mich nicht ausgedrückt. Das formelle Recht habe ich anerkannt, ich habe aber dagegen hervorgehoben, daß es höchst wünschenswert sei, ohne die allerdingsten Gründe von diesem formellen Recht keinen solchen Gebrauch zu machen, wie es hier zum erstenmal geschehen ist aus Gründen, die allerdings in der innern Lage von Deutschland und in der Weltlage in diesem Falle gegeben sind. Was den Opportunitätsstandpunkt anlangt, den Herr Windthorst mir vorgeworfen hat, so kann ich ihm diesen Vorwurf, ich glaube mit viel mehr Recht, zurückgeben. Wenn er ernsthaft der Meinung ist, daß Verfassung und Recht hier verletzt wären, dann wäre er verpflichtet, seiner Auffassung Folge zu geben, während er aus Opportunitätsrücksichten erklärt hat, er beabsichtige mit seinen Freunden dieser seiner Auffassung keine Folge zu geben.“

Nach weiterer, von den Herren Dr. Windthorst, v. Kardorff und Richter geführter Debatte beramte der Präsident die nächste Sitzung auf Freitag 2 Uhr an. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. Schluß 2 1/2 Uhr. Bezüglich der Präsidentenwahl verminnt man, daß beabsichtigt wird, die erste Präsidentenwahl dem Konföderativen zu überlassen, während erster Vizepräsident ein Nationalliberaler, der zweite ein Mitglied des Zentrums werden würde.

## Deutschland.

\* Berlin, 3. März. Seine Majestät der Kaiser nahm Vormittags militärische Meldungen entgegen, hörte alsdann die Vorträge des Generals v. Albedyll und des Kriegsministers und machte Nachmittags eine Ausfahrt. Zu der heutigen Abendgesellschaft im Palais sind 200 Einladungen ergangen.

— Bis heute Abend sind 43 Stichwahlen bekannt. Es fielen zu sieben Sitze den Konföderativen, drei der Reichspartei, sieben den Nationalliberalen, fünf dem Zentrum, vierzehn den Deutsch-Freisinnigen, fünf den Sozialisten und zwei den Welschen.

— In Abgeordnetenkreisen erörtert man lebhaft die Frage der Dauer der Session. Während man früher glaubte, der Landtag werde vor Ostern geschlossen werden, zweifelt man jetzt mehr an der Nothwendigkeit, nochmals nach Ostern, wenn auch nur für 2 bis 3 Wochen, zusammentreten zu müssen. Die kirchenpolitische Vorlage wird zwar vor Ostern dem Abgeordnetenhause in der Fassung des Herrenhauses zugehen, jedoch wahrscheinlich erst nach Ostern zur Berathung gelangen. Dagegen hofft man außer einer Anzahl anderer Vorlagen noch vor Ostern die rheinische Kreis- und Provinzialordnung und die rheinischen Justizgesetze zu erledigen.

Hamburg, 4. März. (Tel.) Der erste Bürgermeister, Dr. Kirchenpauer, ist in der letzten Nacht an einem Schlaganfall gestorben.

München, 3. März. Der hiesige Korrespondent der „Köln. Ztg.“ meldet: „Mit äußerster und jeden Zweifel ausschließender Bestimmtheit kann ich versichern, daß in keinem Briefe, in keiner Depesche, in keiner irgendwie lautenden Mittheilung des Papstes, des Staatssekretärs oder des Vatikans auch nur die leiseste Spur einer Anerkennung oder eines Vertrauensvotums für die Führer des Zentrums enthalten sei. Anderslautende Behauptungen Hertlings und der Zentrumsblätter sind falsch und wohl zu Wählweden erfunden. Die Zeitungsmeldung, welche von einem längeren Schreiben an den Nuntius vom 9. Februar fabelt, ist von Anfang bis zu Ende unwahr. An den Nuntius sind insgesammt drei päpstliche Schreiben ergangen, darunter das letzte vor etwa acht Tagen. Zwischen dem zweiten Papstbrief vom 21. Januar und diesem letzten wurden mehrere Depeschen gewechselt,

wovon eine fälschlich als dritter Papstbrief bezeichnet worden ist. Ein Lob des Zentrums ist bloß in dem bekannten zweiten Papstbrief enthalten; die späteren Depeschen und der letzte Brief des Papstes enthalten kein Lob des Zentrums, geschweige denn der Zentrumsführer. Die Führer werden überhaupt mit keiner Silbe erwähnt. Der letzte ziemlich lange Brief von Ende Februar forderte den Nuntius auf, unter Bezug auf die bekannte Encyclica, falls irgendwo in Deutschland die Anzeichen eines Bündnisses zwischen Katholiken und den Sozialisten hervorträten, allen seinen Einfluß dagegen geltend zu machen. Soweit mir bekannt, antwortete der Nuntius nach einigen Tagen, daß derartige Anzeichen nirgendwo in Deutschland hervorträten." — Die engere Wahl im Reichstagswahlkreis I ergab den Sieg des Kandidaten des liberalen Wahlvereins, Kommerzienrath Joh. Sedlmayr, mit 1249 Stimmen Mehrheit. Von 15,960 abgegebenen Stimmen lauten 8539 auf Sedlmayr, 7290 auf den Kandidaten der Zentrumsparthei, Rechtsrath Ruppert. Im Wahlkreis München II dürfte Maschinenfabrikant Landes gewählt und damit der 1884 dem Sozialisten v. Bollmar zugefallene Reichstagsitz für das Zentrum wieder gewonnen worden sein.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 3. März. Der russische Botschafter am hiesigen Hofe, Fürst Lobanoff, hat sich mit kurzem Urlaub nach Petersburg begeben.

— In einer Beleuchtung der Kreditvorlage der gemeinsamen Regierung in den Delegationen betont das „Fremdenblatt“, daß die Motive von der allgemeinen Lage dasselbe Bild entwerfen, welches aus allen Kundgebungen der letzten Zeit und aus dem Charakter dieser selbst deutlich hervortritt. „Eine ganze Kette von Thatsachen“, schreibt das Blatt, „welche die orientalische Frage in der letzten Zeit zu einer atmen gehalten haben, wurde von Eruptionen gebildet, welche Niemand vorausgesehen hat. Nun haben diese, dank den weisen Bemühungen der Kabinete, den Frieden nicht zu stören vermocht. Der Entschluß, etwaige Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege zu ordnen, steht bei den Mächten zu fest, um durch jede unerwartete Komplikation erschüttert zu werden. Haben die bisherigen zahlreichen Komplikationen im Osten ihn nicht zu entwurzeln vermocht, so darf dies auch von anderen vorausgesehen werden. Aber insofern keine volle Stabilität im Orient geschaffen ist, kann der Umfang solcher unerwarteter Ereignisse nie abgemessen werden, und deshalb muß eine vorsichtige Staatsaktion darauf bedacht sein, jeder Eventualität derart gewachsen zu sein, daß die Kraft und die Autorität des Reiches für den Schutz der eigenen Interessen vollkommen ausreichen und jede Gefahr wirkung abzuwenden in der Lage sind. Oesterreich-Ungarns vermehrte Kraft wird aber stets eine Stütze des Friedens bleiben, des Einvernehmens mit allen Mächten, mit denen wir entweder innig verbunden sind oder von denen uns wenigstens keine direkt kollidirenden Gegensätze sondern. Deshalb hoffen wir auch auf eine friedliche und allen Anschauungen entsprechende Lösung der hier in Betracht kommenden Angelegenheiten, wenn es ihnen gegönnt bleibt, ihre naturgemäße Entwicklung zu nehmen.“

Pest, 3. März. Der Ausschuß der ungarischen Delegationen beriet in seiner heutigen Sitzung den Militärdirektor. Nachdem der Kriegsminister die Vorlage begründet und Kalnoky über die politische Lage Aufklärungen gegeben, wurde die Beschlussfassung auf morgen vertagt. — Aus der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation ist noch Folgendes hervorzuheben. Auf eine Anfrage des Berichterstatters motivirte zunächst der Kriegsminister, Graf Bylandt-Mehenyi eingehend die Regierungsvorlage. Danach reorganisieren die projektirten militärischen Vorsichtsmaßregeln, nach der Zeit ihrer Durchführung, drei Gruppen, und zwar: solche, welche die Regierung in der Hoffnung auf Indemnitätsertheilung als unaufschiebbar bereits durchgeführt hat und welche 16<sup>2</sup>/<sub>10</sub> Millionen Gulden erforderten, solche, welche in nächster Zeit ausgeführt werden müssen — diese erheischen 8<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen — und ferner solche, welche nach Maßgabe der eintretenden Nothwendigkeit, eventuell successive, durchzuführen wären, sobald die Gefahr einer Bedrohung der Monarchie deutlichere Konturen annehmen sollte. Die Verwendung des hierfür beanspruchten Kredites von 28 Millionen Gulden soll daher nur bei faktisch eintretender absoluter Nothwendigkeit und nur in dem durch die politischen Verhältnisse bedingten Umfange mit Zustimmung der beiderseitigen Regierungen erfolgen. Nach ihrem Zweck zerfallen die Gesamtauslagen in drei Kategorien: erstens jene, für deren Bedeckung in künftigen Extraordinarien vorzusehen wäre; zweitens Auslagen für Bekleidung und Bewaffnung der eventuell in das stehende Heer einzureichenden Landwehr und Landsturmpflichtigen; für die Armee selbst sei in jeder Richtung mehr als genügend vorgeforgt; dieselbe stehe nicht nur bezüglich ihrer materiellen Ausrüstung, sondern auch in Betreff ihrer Organisation und Instruktion heute so da, wie nie bisher; drittens Auslagen für Borräthe und Konsumtionsartikel verschiedener Art, um den Bedarf der ersten Wochen im Ernstfalle zu decken. Diese Maßnahmen würden eine eventuelle Mobilisirung bedeutend erleichtern, die Erreichung des Kriegszweckes wesentlich fördern und die Kosten der Mobilisirung entsprechend verringern. Zudem der Minister an den Patriotismus der Delegationen appellirte, bat er, die ausschließlich für Vorkehrungs- und Vorsichtsmaßnahmen geforderten Kredite zu bewilligen. Der Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, erwiderte auf eine Anfrage des Berichterstatters bezüglich der bulgarischen Frage, diese Frage bestehe zwar leider noch, sei aber in die zweite Linie gerückt und trage nicht mehr den ihr zur Zeit der letzten Delegationsberatungen zugeschriebenen bedrohlichen Charakter an sich. Nicht diese lokale Frage, noch die politische Situation der Monarchie an sich erwecke gegenwärtig so allgemeine Besorgnisse, vielmehr sei es die allgemeine europäische Lage mit ihren Wechselwirkungen zwischen Ost und West, welche derartig den Stempel der

Unsicherheit trage, daß fast alle Staaten veranlaßt seien, ihre Wehrkraft durch rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln zu stärken. Entsprechend der durchaus friedlichen, konservativen Politik der Monarchie werde alles Mögliche geschehen, um die Monarchie vor der furchtbaren Kalamität eines Krieges zu bewahren. Auch heute sei die Monarchie unmittelbar von einer Kriegsgefahr nicht bedroht; die vorgelegenen Maßnahmen seien rein defensiver Natur. Der Minister hob schließlich hervor, je entschlossener und einmüthiger die Gesamtmonarchie zeige, daß sie mit Energie, Kraft und Opferwilligkeit für ihre Interessen und den allseitig gewünschten Frieden einzutreten entschlossen sei, desto mehr Aussicht sei vorhanden, den Krieg unmöglich zu machen. Der Minister empfahl die Vorlage zur einstimmigen Annahme, ihr Ziel sei nicht die Kriegsvorbereitung, sondern die Friedenssicherung. Nachdem noch Vizeadmiral v. Sterned ausführlich die für die Marine zu treffenden Maßnahmen erörtert hatte, wurden die in der Regierungsvorlage enthaltenen Anträge, wie bereits gemeldet, angenommen.

### Belgien.

Brüssel, 3. März. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer antwortete der Kriegsminister Pontus auf die Rede Frère-Orbans, welcher die Militärdirektive bekämpft hatte. Der Kriegsminister setzte auseinander, daß die Befestigungen an der Maas nöthig seien, um den Feind aufzuhalten und einer Invasion vorzuzukommen. Mit dem einzigen befestigten Lager von Antwerpen würde das Land einer Invasion offen stehen. Der Finanzminister Bernaert hält ebenfalls die Befestigungen an der Maas für unerlässlich. Der Minister glaubt sicher, daß die Garantiemächte das Projekt der Regierung betreffend die Befestigungen vollständig billigten und auch die Art billigten, wie Belgien von jeher seinen Verpflichtungen als neutrale Macht nachgekommen sei; bei der Loyalität der Mächte sei keine Invasion zu befürchten.

### Frankreich.

Paris, 3. März. Im Ministerrath entwickelte der Ministerpräsident Goblet heute in allgemeinen Zügen den Gesetzesentwurf über die Neugestaltung der Gemeindeordnung von Paris. Nach dem Gesetz wird der größte Theil der den Gemeinderäthen durch das Gesetz von 1884 zugewiesenen Befugnisse auf den Pariser Gemeinderath ausgedehnt. Die Gemeinderäthe von Paris sollen künftighin durch Listenabstimmung in den Arrondissementen gewählt und die Zahl derselben etwas erhöht werden. — Die Deputirtenkammer setzte heute die Berathung über die Getreidezölle fort. Goblet wird in der Berathung über die Zölle nach dem Ackerbauminister und wenn neue Anforderungen an ihn gerichtet werden, das Wort ergreifen. — Wie der Londoner Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die französische Regierung mit der New Explosibles Company einen Vertrag auf Lieferung von 16,000 Zentner Schießpulver abgeschlossen. — Der Umstand, daß bei den Abgeordnetenwahlen in den Nieder-Pyrenäen wie im Aveyron-Departement die bisherige monarchische Mehrheit durch Republikaner ersetzt wurden, veranlaßt Francis Magnard, im „Figaro“ die Frage aufzuwerfen, ob die guten Bürger, denen eine andere Regierung lieber gewesen wäre, darum sich ewig von den Geschäften fernhalten und in einer nutzlosen Opposition verharren sollen. Er verneint diese Frage und regt den Gedanken an, die republikanische Rechte, heiße sie nun so oder anders, für welche Raoul Duval kämpfte, ins Leben zu rufen und im Verein mit der gemäßigten Linken dem Radikalismus einen Damm entgegenzustellen. — In einem „Die Politik des Klatsches“ betitelten Artikel wendet sich die „Républ. Française“ gegen die radikalen Organe, welche, wie „Lanterne“ und „France“, von einer angeblichen Verschwörung gegen Boulanger fabeln. — Die Grubenarbeiter in Lalle bei Besseges weigern sich, die Arbeit fortzusetzen, und verlangen Gleichheit des Lohnes.

### Italien.

Rom, 3. März. Gestern überreichte das Kardinalkollegium dem Papste eine Adresse. Der Papst erwiderte, indem er zuerst des verstorbenen Jacobini rühmend gedachte, er sei bei Beginn des Pontifikates erschrocken gewesen über die Schwierigkeiten der Lage des päpstlichen Stuhles im Allgemeinen und über die noch schwierigere Position des Papstes in Rom. Heute fühle er sich gestärkt, wenn er an die übermenschliche Lebensfähigkeit des Papstthums denke, das, obgleich gehäht und bekämpft, unablässig Eroberungen auf dem Missionsgebiete fortsetze. Da das einzige Heil der Welt auf der wohlthätigen Mission des Papstthums beruhe, werde er fortfahren, die Unabhängigkeit und Sicherheit des päpstlichen Stuhles zu verlangen; zwar suche man die Handlungen und Absichten des Papstthums zu entstellen, aber wenn es seine Unabhängigkeit wieder erlange, werde Italien, welches demselben seinen schönsten Ruhm verdanke, zu allererst den Vortheil davon genießen. — Es scheint, daß nach den vergeblichen Versuchen, für Herrn Depretis einen Nachfolger zu finden, die Ministerkrise schließlich doch noch mit einer einfachen Rekonstruktion des Kabinetts Depretis endigen soll. Die heute Abend erschienenen Blätter versichern, das Mandat zur Kabinettsbildung werde neuerdings Depretis übertragen. „Fanfulla“ sagt: Die Krise nähert sich ihrem Ende. Nach Ansicht hervorragender, an den Verhandlungen der letzten Tage direkt oder indirekt beteiligter politischer Persönlichkeiten sei bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge der einzige logische Weg, aus der gegenwärtigen prekären Lage herauszukommen, ein Kabinet unter dem Präsidium Depretis', welchem alle Fraktionen volle und ganze Unterstützung gewähren werden.

### Großbritannien.

London, 3. März. Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußern, Fergusson, die Regierung hoffe, Deutschland werde den Schutz der englischen Unterthanen in Venezuela übernehmen. In dem streitigen, nicht zu Venezuela gehörigen Gebiete seien die englischen Geschwaderbefehlshaber angewiesen, für den Schutz der britischen Unterthanen zu sorgen. — Von einer Verstärkung der chinesischen Garnisonen in Turkestan sei der Regierung nichts bekannt. — Lord Holland theilte mit, dem britischen Protektorat an der Goldküste sei kürzlich der Landstrich zwischen Awoonah und Afoe, sowie das Sefwigegebiet einverleibt worden zwecks Sicherung der Handelsstraßen und zur Verhütung der Sklaverei. — Dem Parlament ist ein Maubuch über Aegypten und den Sudan vorgelegt worden. Das letzte Schriftstück ist vom 29. November datirt. Die Korrespondenz bezieht sich namentlich auf die Wiedereröffnung des Handels mit dem Sudan, die Verwaltung der Daira Sanieh und die daraus entstandenen Verhandlungen mit der französischen Regierung. — Der Generalpostmeister gedenkt nächstens im Parlament eine Bill einzubringen, wonach die jährliche Einlage in den Postsparkassen 50 statt 30 Pfd. St. und das Gesamtdepositum 300 statt 200 Pfd. St. betragen darf. — Einer Meldung aus Liverpool zufolge ist der englische Vizekonsul Johnstone in Kamerun von den Eingeborenen aus Kiodelrey, zwischen Kamerun und Alcalabar, fortgeführt worden. Das Kriegsschiff „Riseman“ ging den Fluß hinauf, um Johnstone zu befreien.

### Dänemark.

Kopenhagen, 3. März. Im Folkething erklärte Marineminister Rawon in Beantwortung einer bezüglichen Anfrage, die europäischen Mächte wüßten sehr wohl, daß Dänemark bei einem etwaigen Konflikt nur nach allen Seiten freundliche unparteiische Neutralität beobachten würde; einzelne Äußerungen gewisser auswärtiger Blätter, welche die Absichten Dänemarks in dieser Beziehung zu verdächtigen suchten, würden daher keinen Glauben finden.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. März. Die Zweite Kammer nahm mit 111 gegen 101 Stimmen die Erhöhung des Getreidezolls an. Bei dem abweichenden Beschlusse der Ersten Kammer findet die Entscheidung nunmehr durch eine gemeinsame Abstimmung beider Kammern statt. Eine vorherige Auflösung der Zweiten Kammer gilt aber für wahrscheinlich.

### Rumänien.

Bularest, 3. März. Die telegraphische Verbindung mit Rußland ist wiederhergestellt.

— Aus Bularest wird der „Polit. Korr.“ geschrieben: Wenn auch der von der Regierung verlangte und von den gesetzgebenden Körperschaften ohne Schwierigkeiten bewilligte Kredit von 30 Mill. Fr. für die Aufstellung der Organe der Opposition eine neue Handhabe zur Verdächtigung der Regierung gegeben hat, so ist doch in ganz Rumänien kein halbwegs ernst zu nehmender Politiker, welcher an dieser Kreditbewilligung eine sachlich unangemessene Kritik zu üben vermöchte. Wie Joan Bratianu bemerkte, ist die gegenwärtige militärische Fürsorge, welche eine Mehrausgabe von 30 Mill. erfordert, von ganz denselben Gründen diktiert, welche Rumänien im Jahre 1877 zum Anschlusse an Rußland bewegen haben. Damals handelte es sich darum, Rumänien nicht zum Schauplatz des russisch-türkischen Krieges werden zu lassen. Damals aber war Rumänien ein Vasallenstaat der Pforte, der erste Vorstoß der russischen Armee mußte also für den Fall, als Rußlands Heere gegen die Balkanhalbinsel vorrückten wollten, den rumänischen Donaufürstenthümern gelten. Letztere aber hatten, abgesehen von dieser Nothwendigkeit, auch alle Ursache, den gegebenen Augenblick zur Erlangung ihrer vollständigen staatlichen Unabhängigkeit zu benutzen. Das ist denn auch geschehen. Damit ist aber nicht gesagt, daß sich Rumänien für alle Zeiten seines freien Selbstbestimmungsrechtes begeben hätte. Im Gegentheil hat seit dem Augenblicke, in welchem Rumänien seine Selbständigkeit errang, der Gedanke, den jungen Staat zu einem Belgien des Ostens zu machen, in unseren politischen Kreisen so feste Wurzel gefaßt, daß der von der Regierung verlangte und von den Kammern bewilligte Mißlungskredit lediglich vom Standpunkte der Neutralitätsbestrebungen aus beurtheilt werden muß. Rumänien will und wird sich schützen, um nicht unter dem Drucke einer benachbarten Großmacht wider Willen in einen Krieg verwickelt oder gar zum Schauplatz eines Krieges um fremde Interessen gemacht zu werden. Jeder Staat wird als Rumäniens Feind betrachtet werden, welcher dessen Neutralität antastet.

### Bulgarien.

\* Ueber die Militärrevolte in Silistria schreibt unser Wiener Korrespondent: Die Militärputsche, sonst eine berechnete Eigenthümlichkeit des größeren Spanien, sind in neuester Zeit auch in dem kleinen Bulgarien stark in Aufnahme gekommen: der neueste Butsch hat sich in Silistria vollzogen, der nach dem Berliner Vertrag schon längst zu schließenden, aber noch immer nicht geschleierten Donaufestung. Der Ort ist insofern passend gewählt, als ein Schiff die jenseits der Donau massenhaft versammelten Teilnehmer früherer Meutereien alsbald zur Stelle bringt und einer Erhebung Sufkurs zuführt, die sonst, weil sie meist nur von den Offizieren, unter willenlosem Mitwirken der Mannschafft und unter vollständiger Fernhaltung der Bevölkerung, in Scene gesetzt wird, wenig Chancen haben könnte; wenn die Regierungstruppen in Barna und in Schumla, beide nicht allzufern, auch nur annähernd mit derselben Schnelligkeit und Entschlossenheit einschreiten, wie in früheren Fällen, werden auch die Bäume der neuesten Erhebung nicht in den Himmel wachsen. Was der Sache freilich diesmal eine erhöhte Bedeutung zu geben vermag, ist der Umstand, daß der Butsch fast genau in demselben Augenblicke zum Ausbruch gekommen, wo die Pforte, trotz ihrer sicher nicht ruffensindlichen Allüren, die Verhandlungen

mit Jantoff, dem entschiedenen Parteigänger Russlands, abgebrochen und wo dieser Jantoff Arm in Arm mit seinem bisherigen erbitterten Gegner Karavelow in Aktion zu treten sich angeheißelt hat, denn das läßt vermuthen, daß der Putsch darauf berechnet ist, der Pforte, die eben jetzt durch einen besonderen Abgeordneten direkt mit der Regentenschaft sich zu verständigen sucht, Zweifel an der Autorität dieser Regentenschaft zu wecken oder gar durch Begünstigung der Regentenschaft alle Verhandlungen zu hinterreiben. Vollständig klar sieht man augenblicklich hier noch nicht, aber der neueste Vorgang hat die Zweifel an einer baldigen friedlichen Lösung der bulgarischen Frage verstärken müssen.

#### Amerika.

Chicago, 3. März. Die zum Tode verurtheilten Anarchisten reichten eine Eingabe bei dem obersten Gerichtshof von Illinois ein, um die Einleitung eines neuen Prozesses zu erwirken.

#### Zeitungsstimmen.

In den „Dresdener Nachrichten“ finden wir einen Artikel, welcher, nachdem er den deutschen Patriotismus, wie er in dem Wahlergebnis in Sachsen hervortritt, gerühmt hat, über den **Anfall der Berliner Wähler** schreibt: „Gegen die hellen Farben, in welchen auf der künftigen kolorierten Landkarte der deutschen Wahlkreise Sachsen leuchtet wird, sieht Berlin wie ein dunkler Fleck ab. Die Kaiserstadt Berlin habe noch niemals andere Abgeordnete als freimüthige oder sozialdemokratische gewählt. Das sei der schwärzeste Landauf. Berlin solle sich schämen. Was wolle es denn befehlen, wenn sich alle Mittage vor dem historischen Esplanade im Kaiserpalais eine dicke Volksmenge dränge und nicht eher rube, bis sie den greisen Monarchen jubelt hat. Am Tage der Wahl sei die Probe auf diese hochachtbaren Gefühle zu machen gewesen und Berlin habe sie schlecht bestanden, als es nur 71,000 reichstreuere Stimmzettel den 165,000 freimüthig-sozialdemokratischen entgegenzustellen gewußt. Da richteten beim Jahreswechsel, bei Geburtstagen und sonstigen Gelegenheiten Magistrat und Stadtverordnetenkolleg von Berlin lokale Glückwunschkarten an die Mitglieder des Hohenzollernhauses, daß ihre Stadt groß, kräftig, reich und zur Kaiserstadt gemacht hat — und da geht der Oberbürgermeister v. Jordanbeck hinaus nach Schlesiens, um sich als deutschfreimüthiger Abgeordneter in den Reichstag wählen zu lassen. Die Provinzialen von Sagan-Sprottau wären allerdings patriotischer gewesen, als die der Hauptstadt, und hätten Jordanbeck durchfallen lassen. Müßte nicht ein solcher schroffer Widerspruch zwischen Lippenloyalität und untreuem Handeln, wie er in dem ganzen Benehmen der Berliner Stabschörden fließt, die Bürger irre führen? Die Hauptschuld an dem Berliner Wahlausfall trage der Berliner Geist selber. Schon Barnhagen v. Ense klage, daß der Berliner jedes Hohe, Edle und Schöne verstimme. Dieser Geist habe sich in den Wahlen ausgesprochen; er wie in Berliner Rathshaus und er drücke Tausenden vom Magistrat abhängigen Bürgern, Handwerkern und Arbeitern gemeinschädliche Stimmzettel in die Hand.“

Die „Landes-Zeitung für Elsaß-Lothringen“ schreibt über das **Wahlergebnis im Reichslande**: „Die Führer der Wahlbewegung im Reichslande haben die Gelegenheit wahrgenommen, um die im Vertrauen auf die allmähliche Beruhigung der Gemüther gewährten Freiheiten und Stimmrechte zu mißbrauchen und nach Frankreich ein Plebiszit abzugeben, welches als ein großartiger Protest gegen den frankfurter Frieden aufgefaßt werden soll. Welches die Folgen dieser Demonstration sein werden, das wird die Zukunft lehren. Die deutsche Nation kann und wird sie nur als eine lede, feindselige Herausforderung auffassen; in Frankreich mißt sich schon in die beifällige Anerkennung über die gelungene Kundgebung die Verlegenheit über die ungelungene und unbefonnene Zumuthung. Unter allen Umständen kann das Wahlergebnis nur die Bedeutung eines Stillstandes in der staatlichen Ausbildung des Landes haben; denn man kann nicht gleichzeitig die Gleichberechtigung in einer Gemeinschaft verlangen und die Zugehörigkeit zu derselben in Frage stellen. Wenn man aber auch die Wahlergebnisse im Reichslande nicht als den Abschluß einer 16jährigen Entwicklung, sondern als die Folgen einer akuten Krisis betrachtet will, so können dieselben jedenfalls die Regierung nur in dem Entschlusse bestärken, die fremden Einmischungen, welche in die Entwicklung der Dinge im Reichsland körend eingreifen, nachdrücklich zurückzuweisen und der immerhin erheblichen deutschfreundlichen Minderheit im Lande den Schutz zu gewähren und das Ansehen zu verschaffen, worauf dieselbe dem Deutschen Reich und der deutschen Regierung gegenüber einen vollberechtigten Anspruch hat. Die eingewanderten Deutschen, welche inmitten einer feindselig geklimmten Bevölkerung das deutsche Banner hochgehalten haben, und diejenigen Elsaß-Lothringer, welche in dem schweren Wahlkampf sich als treue Söhne des Landes bewährten, indem sie ohne Furcht für das wahre Interesse desselben eintraten, — sie dürfen nicht mutlos werden, sie sollen zu neuer Arbeit sich rüsten, und sie mögen versichert sein, daß die Regierung ihren Bestrebungen kraftvoll zur Seite stehen wird.“

Indem der „Samb. Korrespondent“ in einem an leitender Stelle gebrachten Korrespondenzartikel die Erneuerung und Befestigung des **deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses** als eine vollendete Thatsache betrachtet, spricht er die Ansicht aus, daß damit vorgesorgt sei, eventuellen Gefahren nach jeder Richtung zu begegnen. „Diejenigen Franzosen“, heißt es in dem Artikel, „welche sich durch den „Nord“-Artikel zu Hoffnungen auf eine Unterwerfung seitens Russlands verleiten ließen, werden sich sagen müssen: „der Jar ist weit“, und es sich wohl überlegen, angesichts der Planfeststellung des mit Deutschland verbündeten Italien einen Angriff zu wagen. Für Rußland wird sich aber unter solchen Verhältnissen die Hoffnung auf die Verwerfung eines deutsch-französischen Krieges gleichfalls bedeutend abschwächen, besonders, wenn man an der Neva nicht blind dafür sein will, wie es um die Haltung der Balkanstaaten und der Türkei im Falle einer russischen Aktion gegen Oesterreich bestellt sein würde, von England gar nicht zu reden, welches schwerlich eine solche Gelegenheit, die Schwächen Russlands zu erhöhen, unbenuzt lassen würde. Mit einem Worte, Europa steht im Begriffe, sich zu räkelliren, und man darf hoffen, daß ihm eine Störung des Friedens, die eine allgemeine sein würde, erspart bleiben wird, denn die formidabile Macht, die sich den friedensförderlichen Tendenzen entgegenstellt, ist zu imponirend, als daß an das Wagniß, diese Tendenzen zu verwirklichen, geglaubt werden könnte.“

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 4. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Vormittag verschiedene Vorträge und nahm dann die Meldung nachbenannter Offiziere entgegen: des Majors Köhls, Eskadronschef im 2. Badischen Dragoner-Regiment Nr. 21; des Premierlieutenants Dillinger vom 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111; der Secundelieutenants der Reserve Reuter, Winnefeld, Lepique, Himmelheber, Gilg und von Sydow vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109.

Nachmittags bis Abends nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kaufmann Ed. Meßner in Baden-Baden das erbetene Prädikat „Hoflieferant“ zu verleihen.

Der Gewerbeverein Karlsruhe hält Mittwoch den 9. d. M., Abends 7 Uhr, im Saale der „Bier-Jahreszeiten“ seine 56. ordentliche Generalversammlung, verknüpft mit Neuwahl für sechs statutenmäßig aus dem Ausschusse austretende Mitglieder. Man hofft, daß der Vorsitzende des Vereins, Herr Fabrikant L. Schwandt, von seinem Vorhaben, eine Wiederwahl abzulehnen, absteht und seine bewährte Kraft der Sache auch fernert hin widmet.

Baden, 3. März. (Konzerte. — Vorträge.) In der Festszeit sind die auf kurze Zeit unterbrochen gewesenen Kompositionenabende und Kammermusiksoiréen wieder aufgenommen worden. Dienstag Abend füllten die beiden französischen Komponisten Gounod und Thomas allein das Programm. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Das vorletzte Abonnementskonzert wird am 11. März stattfinden, das letzte am Geburtstage unseres Kaisers. — Nachdem dem letzten Samstag Richard Türschmann's Antigonerecitation stattgefunden, ist für diesen Samstag ein Vortrag des Prof. Dr. v. Kugler aus Tübingen über „Maria Stuart's Schuld oder Unschuld“ angekündigt. Auch der literarische Verein hat seine durch den Karneval und die Wahlperiode unterbrochene Thätigkeit wieder begonnen, so daß womöglich jeden Donnerstag ein Vortrag stattfinden. An künstlerischer und geistiger Anregung fehlt es in Baden also keineswegs für diejenigen, die das Bedürfnis danach empfinden.

#### Theater und Kunst.

(Groß. Hoftheater.) Herr Friedrich Haase tritt am nächsten Dienstag zum letztenmale in „Die beiden Klingsberg“ und „Eine Partie Pique“ auf. Er begegnet mit dieser Wahl der Stücke zahlreich geäußerten Wünschen.

#### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 4. März. Aus den **Stidwahlen** gingen als gewählt noch hervor in Kronach Gasern (B.), in Barel Ricker (Dreiß.), in Pinnenberg Peters (M.), in Neuhaldensleben Parey (M.), in Thorn Sarnau (M.), in Nordbittmarischen Thomsen (Dr.), in Gotha Renneberg (M.).

Berlin, 4. März. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurden bei der Wahl des ersten Präsidenten 285 Stimmzettel abgegeben, davon 184 für den Abg. v. Wedell-Piesdorf, 2 für Dr. Windthorst, 99 unbeschrieben; einige Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung; v. Wedell-Piesdorf nahm seine Wiederwahl dankend an.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurden 282 Stimmen abgegeben, davon 172 für den nat.-lib. Abg. Duhl, 107 für Frhrn. v. Franckenstein, 3 unbeschrieben. Duhl nahm die Wahl an. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten stimmten 267 ab; davon 172 für den

Abg. v. Hertling, 1 für Emmeccerus, 94 Zettel waren unbeschrieben. v. Hertling lehnte die Wahl dankend ab, da dem Centrum die erste Vizepräsidentenstelle zukomme.

Paris, 4. März. Nachrichten aus Gurgewo zufolge wurde der Aufstand in Ruffischul durch das dortige Geniebataillon hervorgerufen. Die dort garnisonirende Infanterie wurde mit Hilfe der Milizen des Aufstands Herr. Zehn Aufständische sind fusilirt worden.

Paris, 4. März. Einer Meldung der „Agence Havas“ aus Sofia zufolge soll sich unter den daselbst Verhafteten auch Jantoff befinden.

Pest, 4. März. Die österreichische Delegation genehmigte den Kredit von 52 1/2 Million Gulden nach einem kurzen Referate des Berichterstatters einstimmig und debattelos.

Petersburg, 4. März. Das „Journal de St. Petersbourg“ sagt, die gegenwärtige bulgarische Bewegung sei voranzusehen gewesen, da die allgemeine Unzufriedenheit zu einem Ausdruck kommen mußte; hofentlich werde in Bulgarien nach achtzehnmonatlicher Anarchie ohne Bürgerkrieg die Ordnung wieder hergestellt werden. — Dasselbe Blatt bezeichnet die Depeschen aus Bombay, wonach der Emir von Afghanistan in einer Proklamation befohlen habe, daß die Bevölkerung sich auf einen heiligen Krieg vorzubereiten habe, für ungläubwürdig und nur verbreitet, um die russischen Fondsinhaber zu beunruhigen.

Sofia, 4. März. Nach den hier eingegangenen Nachrichten ist der Militäraufstand in Ruffischul unterdrückt, die daran beteiligten Offiziere entweder getödtet oder gefangen. Die Insurgenten versuchten in Booten sich zu retten, es wurde aber auf sie geschossen und ein Kanonenboot verhinderte ihre weitere Flucht. Unter den schwerverwundeten aufständischen Offizieren befindet sich Oberst Filoff und der Kommandant Uzunoff.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

#### Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Sonntag, 6. März. 33. Ab.-Vorst.: „Die Hochzeit des Figaro“, komische Oper in 2 Aufzügen, von W. A. Mozart. Figaro: Herr Josef Staudigl als Gast Anfang 6 Uhr.

In Baden: Montag, 7. März. 3. Vorst. außer Ab. Letzte Gastdarstellung des Herrn Friedrich Haase: „Der Königsleutnant“, Lustspiel in 4 Akten, von K. Guplow. Thorane: Herr Friedrich Haase. Anfang 1/7 Uhr.

#### Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 25. Febr. Friederike Mathilde, B.: Karl Gau, Rutscher. — Katharina, B.: Joh. Ottenberger, Handschuhmacher. — 27. Febr. Wilh. Gottlieb, B.: Mich. Steinbach, Deizer. — Otto Theodor, B.: J. J. Gaud, Bizefeldwibel. — 28. Febr. Anna, B.: Jos. Rarg, Gastwirth. — Frieda, B.: Frdr. Bränkle, Tagelöhner. — 1. März. Ella Luise, B.: Ernst Gantler, Apotheker. — 2. März. Anna Karoline, B.: Chr. Schöffhauer, Formstecher. — Anna Emilie, B.: Ad. Brammatt, Steinbauer. — 3. März. Marie Luise, B.: Bernh. Bodenhein, Hauptmann. — 4. März. Johann Friedrich, B.: Joh. Rärcher, Magazinsarbeiter.

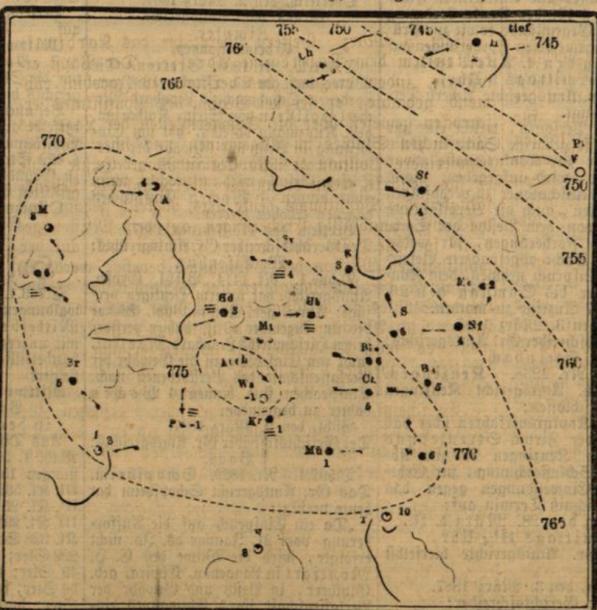
Cheaufgebot. Konrad Schleich von Durlach, Tagelöhner hier, mit Karolina Zapf von Schwaibach. Todesfälle. 3. März. Anna, 2 Tg., B.: Gastwirth Rarg. — Adolf Frhr. v. Köder, Chemann, Groß. Kammerherr, 68 J. — 4. März. Mathens Oberst, led., Dienstmann, 51 J.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. um 7 Uhr	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind	Himmel
3. Nachts 9 U.	763.9	+ 2.2	5.2	96	NE	klar
4. Morgs. 7 U.	762.9	- 0.2	4.4	96	NE	bedeckt
4. Mittags 2 U.	761.1	+ 9.2	5.9	68	NE	wenig bew.

1) Nebel.  
Wasserstand des Rheins. Mainz, 4. März, Morgs. 2.83 m, gefallen 1 cm.

#### Wetterkarte vom 4. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Wetterlage hat sich seit gestern wesentlich nicht geändert. Ueber Central-Europa dauert bei im Norden mäßiger westlicher und nordwestlicher Aufströmung, im Süden leichten unlaufenden Winden die trübe neblige Witterung ohne erhebliche Veränderungen der Temperatur fort. In Südwestdeutschland herrscht noch leichter Frost. In Berlin, Chemnitz und Grünberg finden leichte Regenfälle statt. Auf den britischen Inseln ist heiteres Wetter mit Abkühlung eingetreten. (Deutsche Seewarte.)

#### Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 4. März 1887.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.45	Staatsbahn	189 1/4
4% Preuss. Konf. 104.95	Galizier		69 1/2
4% Baden in fl. 103.40	Elbthal		158.—
4% in W. 104.20	Wiedenerbahn		115 1/2
4% Oesterr. Goldrente 86.75	Hess. Ludwigsbahn		141.—
4% Ungar. Goldr. 76.30	Gotthard		152.60
1877r. Russen 96.—	Wesel und Sorten		63.—
1880r. 78.90	Wechsel a. Amstb.		168.35
11. Orientanleihe 55.10	London		20.41
Italiener compt. 94.90	Paris		80.38
Egypter 71.—	Wien		159.05
Spanier 63.30	Napoleonob'dr		16.12
5% Serben 76.20	Privatdiskont.		2 1/4
Banken.		Nachbörse.	
Kreditaktien 216 1/2	Bad. Zuckerfabrik		—
Diskontokommandit 190.—	Kreditaktien		216 1/4
Basler Bankver. 156.80	Staatsbahn		189 1/4
Darmstädter Bank 133.30	Lombarden		69 1/2
5% Serb. Hyp. Ob. 77.30	Tendenz: fill.		—
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt. 450.—	Kreditaktien		274.—
Staatsbahn 379.50	Marknoten		62.72
Lombarden 142.50	Tendenz: matt.		—
Disl. Kommand. 190.—	Paris.		—
Laurahütte 76.81	4 1/2% Rente		108.52
Dortmunder 58.50	Spanier		64 1/4
Marienburg 35.70	Egypter		361
Wiedenerbahn	Ottomane		486
Tendenz: —	Tendenz: —		—

